

"SCHULLEITUNGS-BAROMETER 2024"

"Bürokratisch aufgebläht": Direktoren unglücklich mit Bildungsreformen

Das geht aus einer Umfrage unter 2200 Schuldirektorinnen und -direktoren hervor. Die Hälfte der Befragten sieht eine Verschlechterung bei Schulverwaltung, Schulaufsicht und Lehrerdienstrecht

19. April 2026, 08:23



Die befragten Pädagoginnen und Pädagogen kritisierten auch die Umstellung der Lehrerausbildung (Symbolbild).
Getty Images

Wien – Die 2017 in Österreich umgesetzten Bildungsreformen haben aus Sicht eines Gutteils der Schulleitungen mehr Bürokratie statt Qualität gebracht. Beim "Schulleitungs-Barometer 2024" sah die Hälfte der über 2200 befragten Direktorinnen und Direktoren eine Verschlechterung durch die Reformen bei Lehrerdienstrecht, Schulverwaltung, Schulaufsicht und Qualitätsmanagementsystem. Nur 15 Prozent erkennen klare Verbesserungen. Auch die neue Lehrerausbildung kommt nicht gut weg.

Reform als reine "Papierflut"

Nur vereinzelt haben Schulleitungen in der Onlineumfrage infolge der Reformen Verbesserungen in der Schulautonomie, bei Personalentscheidungen und im Qualitätsmanagement positiv herausgestrichen. Vielfach werde die Situation hingegen als "bürokratisch aufgebläht, personell unterversorgt und durch Umsetzungsprobleme in der Schulaufsicht und im Qualitätsmanagement geprägt" beschrieben, heißt es in der Untersuchung.

Die Hauptkritikpunkte: Der bürokratische Aufwand habe durch die neuen Strukturen stark zugenommen, konkret genannt werden etwa die Dokumentation von Qualitätssicherungsmaßnahmen und Berichtspflichten. Vor allem an kleinen Schulen werde das "als kaum bewältigbar empfunden". Bei den Lehrkräften komme die Reform als reine "Papierflut" an, was zu Motivationsverlust und schlechterer Unterrichtsqualität führe.

Zersplitterte Strukturen

Die Einführung von Bildungsdirektionen anstelle der früheren Landesschulräte und die Umstellung von Pflichtschulinspektoren, die jeweils für eine spezifische Schulart zuständig sind, auf Schulqualitätsmanager mit Verantwortung für eine ganze Bildungsregion wird von den Schulleitungen als "Zersplitterung der Strukturen" erlebt. Laut vielen Rückmeldungen sind die neuen Ebenen schwer erreichbar und die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten nicht klar geregelt.

Bei den Schulqualitätsmanagern hapert es laut Mitstudienautor Georg König, einst selbst AHS-Direktor, auch bei der Postenbeschreibung. Vor allem bei rechtlichen Unsicherheiten, Konflikten mit unkooperativen Eltern und Dienstpflichtverletzungen

würden die Direktionen von der Schulaufsicht statt nur Kontrolle auch Unterstützung und Beratung brauchen.

Lehrerdienstrecht zu unflexibel

Im bereits 2013 eingeführten neuen Lehrerdienstrecht mit der höheren Unterrichtsverpflichtung sieht die Hälfte der Direktoren wiederum eine große Belastung für die Lehrkräfte, "was sich mittelbar auch auf das Schulleitungshandeln auswirkt". Die darin vorgesehenen zwei Stunden nicht-unterrichtlicher Tätigkeit empfinden die Schulleitungen als grundsätzlich sinnvoll. Die Vorgaben, wofür sie eingesetzt werden können, werden aber als zu unflexibel erlebt.

Überwiegend kritische Rückmeldungen gibt es auch zur Umstellung der Lehrerausbildung mit neuer Studienstruktur und doppelt so langer Ausbildungsdauer bei den angehenden Pflichtschullehrern (v.a. Volks-, Mittel- und Sonderschule): Den Direktoren fehlte bei der 2024 durchgeführten Befragung im neuen Modell vor allem der Praxisbezug und eine Vorbereitung auf die tatsächlichen Herausforderungen des Unterrichtsalltags, von Klassenführung bis Elterngesprächen. Mittlerweile hat das Ministerium seine Vorgaben für die Studienpläne in diesen Bereichen nachgeschärft.

Die Induktionsphase, in der Junglehrer von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen beim Berufseinstieg unterstützt werden, empfindet immerhin gut die Hälfte der Befragten als Verbesserung. (APA, 19.4.2026)